

Michael Körner
Bürgerberatung und Beratung
öffentlicher Stellen

Hegelallee 3
14467 Potsdam

Telefon 0331 / 23 72 92 - 21
Telefax 0331 / 23 72 92 - 29

michael.koerner@lakd.brandenburg.de

Terminankündigung

13.11.2019

Treuenbrietzen: Beratung zum SED-Unrecht und zur Einsichtnahme in die Stasi-Akten / Rehabilitierung: Fristen zur Antragstellung aufgehoben, Bundestag beschließt umfangreiche Verbesserungen für viele Opfergruppen

Termin Dienstag, 19. November 2019

Ort Bürgerhaus „Alte Feuerwehr“, Breite Straße 71, 14929 Treuenbrietzen

Zeit 14:00 – 18:00 Uhr

Am 24. Oktober hat der Deutsche Bundestag eine Vielzahl von Verbesserungen für ehemalige politisch Verfolgte in der DDR beschlossen. So wurden nunmehr die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze entfristet und durch gesetzliche Änderungen die Unterstützung für die Betroffenen verbessert sowie neuen Opfergruppen ein Leistungszugang ermöglicht.

Die Verbesserungen betreffen:

- die Erhöhung von monatlichen Unterstützungsleistungen für ehemalige politische Häftlinge auf 330 € und die Absenkung der dazu notwendigen Verfolgungszeit auf 90 Tage;
- den erleichterten Zugang zur Rehabilitierung von ehemaligen Heimkindern, die in Spezialheimen und vergleichbaren Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe Umerziehungen erlitten;
- die gesetzliche Klarstellung, dass Einweisungen von Kindern und Jugendlichen in Heime stets dann rechtsstaatswidrig waren, wenn deren Sorgeberechtigte aus politischen Gründen inhaftiert wurden und deshalb ihr Sorgerecht nicht ausüben konnten;
- die Erhöhung der Ausgleichsleistungen für beruflich Verfolgte mit geringen Einkommen auf 240 € bzw. 180 € für Rentenempfänger, sofern die anerkannte Verfolgungszeit mindestens drei Jahre beträgt;
- den neu geschaffenen Zugang zu Ausgleichsleistungen für Verfolgte Schüler;
- und die Einführung einer Einmalzahlung von 1.500 € für Opfer von Zersetzungsmaßnahmen, die bisher nicht rehabilitiert werden konnten, weil sie keine dauerhaften Verfolgungsschäden erlitten.

Für eine große Anzahl ehemals politisch Verfolgter tragen die neuen Regelungen zur dringend notwendigen Verbesserungen ihrer materiellen Lebensgrundlagen bei.

Die Mitarbeiter der Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten laden interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Treuenbrietzen und Umgebung zur Beratung vor Ort ein. Das Angebot richtet sich an Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR politisch verfolgt wurden, Einsicht in ihre Stasiakten beantragen möchten, sowie an deren Angehörige.

In **Einzelgesprächen** können insbesondere folgende Themen besprochen werden:

- die Rehabilitierung von SED-Unrecht nach dem **Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz** und die sich daraus ergebenden Leistungsansprüche
- die Suche nach personenbezogenen Unterlagen, die die politische Verfolgung oder den rechtsstaatswidrigen Eingriff in das Leben des Einzelnen dokumentieren
- die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden
- die Vermittlung psychosozialer Beratungs- und Hilfsangebote
- die Ansprüche Hinterbliebener von Verfolgten

Es können **Anträge zur Einsichtnahme in die persönlichen Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit** auf Grundlage des Stasi-Unterlagen-Gesetz gestellt werden. Voraussetzung ist die Vorlage eines gültigen Personaldokuments.

Ferner soll in der Beratung denjenigen Raum gegeben werden, die sich mit ihren Erfahrungen und Erlebnissen in der DDR allein gelassen fühlen bzw. sich mit ihrer Rolle im kommunistischen Herrschaftssystem auseinandersetzen wollen.

Die Beratung wird kostenfrei und ohne Anmeldung angeboten.